



Klima schützen!
Ich bin dabei.



BUND*aktuell* August 2008

Klima-Check des BUND

Prüfsteine zur OB-Wahl

Der geplante Bau eines 400 MW_{el.}-Kohlekraftwerk-Blocks in der Düsseldorfer Lausward stößt auf breite Ablehnung in der Bevölkerung. Das Kraftwerk würde nicht nur dem Klima weiter einheizen, auch die Bevölkerung in Düsseldorf würde durch den Ausstoß von Feinstaub und Schwermetallen zusätzlichen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt. Im Herbst 2008 will die von der EnBW majorisierte Stadtwerke Düsseldorf AG die Entscheidung für oder gegen den Bau des Kraftwerks treffen.

Der kommunale Einfluss auf diese weit reichende Investitionsentscheidung ist leider gering. Durch den unter schwarz-gelber Ratsmehrheit erfolgten Verkauf von Stadtwerke-Anteilen verblieben nur noch etwa ein Viertel der Stimmrechtsanteile in kommunaler Hand. Dennoch erwartet der BUND von der Politik, dass sie nicht nur die verbliebenen Mitsprache-Möglichkeiten konsequent nutzt, sondern mittelfristig auch erweitert. Ferner muss im Rahmen eines verbindlichen und überprüfba- ren kommunalen Klimaschutzkonzeptes alles daran gesetzt werden, Düsseldorf auch zur Klimaschutzhauptstadt von Nordrhein-Westfalen zu machen.

Vor diesem Hintergrund hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) den Kandidaten zur Wahl des/der Oberbürgermeisters/in der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und SPD einige ausgewählte Fragen zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik in Düsseldorf vorgelegt.

Im Folgenden werden die Fragen und Antworten im Wortlaut dokumentiert. Die abschließende Bewertung prüft, inwieweit die zur OB-Wahl antretenden Kandidaten den „Klima-Check des BUND“ bestanden haben oder nicht.

Die BUND-Wahlprüfsteine zur Energiepolitik der Landeshauptstadt

Die Stadt Düsseldorf ist Mitglied des Klima-Bündnis europäischer Städte und hat sich damit verpflichtet, die Treibhausgasemissionen in Düsseldorf kontinuierlich zu vermindern. Alle 5 Jahre sollen die CO₂-Emissionen um 10 % reduziert werden. Ziel ist es, die Pro-Kopf-Emissionen bezogen auf das Basisjahr 1990 bis spätestens 2030 zu halbieren. Langfristig streben die Klima-Bündnis-Städte und Gemeinden eine Verminderung ihrer Kohlendioxid-Emissionen auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent pro EinwohnerIn und Jahr durch Energiesparen, Energieeffizienz und durch die Nutzung erneuerbarer Energien an. Derzeit liegen die Düsseldorfer CO₂-Emissionen bei etwa 6,14 Millionen Jahrestonnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir Sie:

- 1. Befürworten Sie die Pläne der Stadtwerke Düsseldorf AG zur Errichtung eines 400-MW-Steinkohlekraftwerks in Düsseldorf und werden Sie als Oberbürgermeister/in der Stadt Düsseldorf den städtischen Einfluss nutzen, die Realisierung dieses Vorhabens im Aufsichtsrat der Stadtwerke Düsseldorf AG zu unterstützen? Wenn nein: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Baupläne nicht realisiert werden?**

Helmut Born

Ich habe mich (wie meine Partei) von Anfang an gegen ein Steinkohlekraftwerk in Düsseldorf ausgesprochen. Deshalb unterstützt DIE LINKE ja auch seit Mitte des letzten Jahres die Initiative ASTR(H)EIN und arbeitet in diesem wichtigen Aktionsbündnis engagiert mit. Ich würde mich als Oberbürgermeister dafür einsetzen, dass die Errichtung des Steinkohleblockes nicht zustande kommt. Bei der nächsten Kommunalwahl sollten andere Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat erkämpft werden, um das Projekt endgültig zu kippen.

Dirk Elbers

Das ist eine schwierige Entscheidung, bei allen Argumenten, die für und gegen einen neuen Kohleblock sprechen, sorgfältig abgewogen werden müssen. Die Bundesregierung befürwortet Steinkohlekraftwerke, um Versorgungsengpässe zu verhindern. Aufgrund der Emissionen kann ich mir ein Ja zu dem neuen Steinkohleblock aber nur vorstellen, wenn dort modernste Technik zur CO₂-Abscheidung zum Einsatz kommt. Wichtig ist, dass in Düsseldorf weiterhin Energie in der Grundlast erzeugt wird, so dass auch in Zukunft die Versorgung mit Fernwärme sichergestellt und die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung ausgebaut werden kann. Bei der Energiegewinnung mit Gas stellt sich die Frage nach der Versorgungssicherheit. Der Bezug von Erdgas hängt sehr stark von der politischen Entwicklungen in den Förderländern ab.

Karin Kortmann

In Zeiten, in denen man über Feinstaubproblematik und Umweltzone redet, kann man nicht für ein Kohlekraftwerk im Stadtgebiet sein, auch wenn die Stadtwerke argumentieren, dass der Wirkungsgrad durch Kraft-Wärme-Kopplung auf 70 % erhöht wird. Der CO₂-Ausstoß und die Feinstaubbelastungen sind einfach zu groß. Sie sind eine Gefährdung für Mensch und Umwelt. Es ist aber immer wieder zu betonen, dass die Stadt keinerlei Einfluss auf die Bauentscheidung hat, dafür sind die Einflussmöglichkeiten bei einem 25%igen Anteil an den Stadtwerken einfach nicht gegeben. Die Entscheidungen werden bei EnBW getroffen und nicht hier.

Auch im Aufsichtsrat haben unsere städtischen Vertreter keine Gestaltungsmehrheit. Das wird sich erst nach der nächsten Kommunalwahl ändern.

2. Würden Sie als neue/r Oberbürgermeister/in ein kommunales Klimaschutzkonzept vorlegen, welches verbindliche Maßnahmen zur Halbierung der Pro-Kopf-Treibhausgas-Emissionen bis 2030 vorsieht? Wenn ja: Welches werden die zentralen Bestandteile dieses Konzeptes sein und welche Haushaltsmittel würden Sie dafür pro Jahr bereitstellen?

Helmut Born

Die Landeshauptstadt von NRW muss mit gutem Beispiel vorangehen und deshalb den bisher vorgesehenen Halbierungsplan der Pro-Kopf-Treibhausgas-Emissionen möglichst vor 2030 erreichen. In den Industrieländern müssen die Emissionen insgesamt um 80 % reduziert werden, was eine ehrgeizige, aber nicht unlösbare Aufgabe ist.

Ich plädiere u.a. für strikte Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz, dezentrale Kraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien.

Es müssen neue Verkehrskonzepte her, der ÖPNV sollte klimagerecht und taktnah als Hauptverkehrszweig ausgebaut werden und letztlich kostenfrei sein. Düsseldorf muss eine fahrradfreundliche Stadt werden. Ich werde mich mit den Initiativen und Verbänden an einen Tisch setzen um dies in die Tat umzusetzen. Dazu gehört eine Beendigung der Auto-Vorrang-Politik. Fahrrad, ÖPNV und Fußgänger müssen Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr bekommen. Städtische und Rheinbahn Fahrzeuge sind konsequent klimagerecht auszurüsten. Es sollten auch weitere autofreie Zonen in der Stadt eingerichtet werden, wie die Errichtung einer Fußgängerzone Schadowstraße. Stadteigene Gebäude müssen nach neuesten Maßstäben gedämmt werden und erhalten, wo immer möglich, Fotovoltaik-Dächer. Moderne Wärmedämmung in Altbauten werden gefördert, alle Möglichkeiten von

Dirk Elbers

Mit einem eigenen Klimaschutzprogramm will die Stadt Düsseldorf ihre CO₂-Emissionen in den nächsten fünf Jahren um 10 Prozent von 6,14 Millionen Tonnen auf 5,64 Millionen Tonnen verringern. Investitionen in Höhe von 15 Millionen Euro sind dafür innerhalb der nächsten 2 Jahre veranschlagt worden.

Bei diesem Klimaschutzprogramm geht es darum, Energie einzusparen, vorhandene Energien besser auszunutzen und vermehrt erneuerbare Energiequellen zu erschließen.

In allen drei Bereichen nimmt die Stadt eine Vorreiterrolle ein: Sie saniert städteigene Gebäude unter energetischen Gesichtspunkten, tauscht alte Elektrogeräte aus und stellt Dachflächen für Solaranlagen bereit. Gleichzeitig fördert sie das Engagement der Bürger, um diese Ziele zu erreichen: mit kostenlosen Thermographie-Aufnahmen, die Energie-Schwachstellen am eigenen Haus ausweisen, mit einer Energieberatung für Privathaushalte oder der Service Agentur Altbausanierung.

Karin Kortmann

Das Klimaschutzprogramm, das es z. Zt. in Düsseldorf gibt, ist für den Anfang durchaus in Ordnung, besteht es doch zu über 50 % aus Initiativanträgen der Rot-Grünen Ratsfraktionen. Im Rat der Stadt Düsseldorf abgelehnt, sind sie hier als wegweisende Ideen aufgelistet. Dieses Programm gilt es weiter zu entwickeln und auch auszuweiten. Das sollte man in Zusammenarbeit z.B. mit dem Wuppertal Institut für Klima und Energie tun.

Außerdem sollte die Mitgliedschaft im Klimabündnis auch bei der Erfassung der Emissionen genutzt werden. Damit sind die Erfolge bei der Einsparung mit anderen Kommunen vergleichbar. Dieses Projekt bietet das Bündnis seit Anfang 2008 an.

klimagerechtem Bauen sind auszuschöpfen. Das sind nur einige Beispiele.

Eine strikte Vorgabe - und Kontrollpolitik für die Wirtschaft muss eingeführt und durchgesetzt werden. Dazu müsste man diverse klimaschädigende Unsinnigkeiten aus der Erwin-Ära aufgeben: Schluss mit dem Ski-Spektakel am Rhein und keine weiteres DTM -Spektakel mehr in der Stadt.

Um ein konsequentes kommunales Klimaschutzkonzept zu verwirklichen sind natürlich ausreichende finanzielle Mittel erforderlich, die jährlich anzupassen sind. Allerdings wird es für die Stadt auch erhebliche Einsparungen durch eine konsequente Klimaschutzpolitik geben.

- 3. Die Stadt Düsseldorf hält derzeit Anteile von 25,05 % an der Stadtwerke Düsseldorf AG. Würden Sie als neue/r Oberbürgermeister/in sich dafür einsetzen, dass die Stadt Düsseldorf durch einen Rückkauf von Stadtwerke-Anteilen wieder Mehrheitsgesellschafter an dem Unternehmen wird?**

Helmut Born

Selbstverständlich trete ich für den Rückkauf von Stadtwerke-Anteilen ein, damit es wieder "unsere Stadtwerke" werden. Der Einfluss der Konzerne in der Düsseldorfer Stadtpolitik muss konsequent gestoppt werden. Das gilt für EnBW ebenso wie für RWE und e.on. Ohne Entmachtung der Konzerne wird es stadt- und landesweit keine effektive Energiewende geben. Doch auch bei den rekommunalisierten Stadtwerken sind grundlegende Veränderungen notwendig. Die Geschäftspolitik muss sich an der Klimaschutzpolitik und Vorgaben der Stadt ausrichten. Dazu gehört, dass der Anteil der Energie-

Dirk Elbers

Wollen wir uns denn wieder verschulden? Den Stadtwerken geht es heute außerdem besser als noch vor den Anteilsverkäufen. Andere Kommunen gehen inzwischen ebenfalls unseren Weg. Und: Warum sollte EnBW überhaupt verkaufen wollen? Die Erlöse der Stadtwerke-Anteile sind besser in den Stadtteilen aufgehoben.

Karin Kortmann

Mir geht es vor allem darum, den kommunalen Einfluss in den Stadtwerken zu stärken. Die Kölner Stadtwerke halten mit dem ehemaligen RWE-Anteil 20 % an unseren Stadtwerken. Das macht zusammen mit dem Düsseldorfer Anteil schon 45,05 %. Das sollte sich zukünftig auch im Aufsichtsrat widerspiegeln. Die Kölner haben schon erklärt, dass sie mit uns dort eng kooperieren wollen. Ich werde nach meiner Wahl Gespräche mit EnBW führen, mit dem Ziel, weitere 5 % der Anteile zu erwerben. Dann hätten wir wieder die kommunale Mehrheit. Im Moment ist auf dem Energiemarkt viel Bewegung und

gewinnung durch erneuerbare Energien konsequent ausgebaut wird. Die Mandatsträger/innen dürfen nicht wie bisher üblich der Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Sie müssen den Bürger/innen dieser Stadt gegenüber verpflichtet und folglich rechen-schaftspflichtig sein. Also wir brauchen gläserne Stadtwerke ebenso wie ein gläsernes Rathaus.

die Beteiligungen der großen Energieunternehmen an kommunalen Stadtwerken werden zunehmend kritisch gesehen. Es war ein strategischer und politischer Fehler, die Stadtwerke zu verkaufen. Ich möchte, dass die Stadt wieder selbst über wichtige Fragen, wie z.B. die Art und Weise ihrer Energieversorgung oder die Höhe der Energiekosten entscheidet. Das schulden wir den Privathaushalten und es ist einer der wichtigsten Steuerungsfaktoren für den Wirtschaftsstandort Düsseldorf.

Bewertung der Antworten aus BUND-Sicht

Erfreulich aus Sicht des BUND ist, dass sich alle Befragten zum Klimaschutz bekennen. Wenn es vom Allgemeinen aber zum Konkreten kommt, fallen die Antworten mitunter schwammig aus, so vor allem die Antwort des CDU-OB-Kandidaten Dirk Elbers zur Frage nach dem geplanten Steinkohlekraftwerk. Während die rot-grüne Kandidatin Karin Kortmann und Helmut Born (DIE LINKE) ein Steinkohlekraftwerk ohne Wenn und Aber ablehnen, betont Elbers, dass er sich ein Ja zum Steinkohlekraftwerk nur vorstellen könne, wenn dort „modernste Technik zur CO₂-Abscheidung zum Einsatz kommt.“ Auch wenn sich Elbers damit um eine klare Aussage herumdrückt, könnte man dies als verklausulierte Absage an die bisherige Planung deuten. Die Technologie der CO₂-Abscheidung befindet sich erst in der Forschungsphase. Wenn überhaupt, wird sie frühestens im Jahr 2020 im großtechnischen Maßstab einsatzbereit sein. Für die aktuelle Stadtwerke-Planung käme sie jedenfalls viel zu spät.

Allerdings ist gerade auch diese CCS-Technik (Carbon Capture and Storage = CO₂-Abscheidung und -Lagerung) höchst umstritten. Abgesehen von der technischen Machbarkeit gibt es bislang keinerlei Endlagermöglichkeiten zur dauerhaften Verbringung des Klimagases Kohlendioxid, der gesamte Prozess selbst ist sehr energieintensiv und geht zu Lasten der elektrischen Wirkungsgrade der Kraftwerke. Letztendlich käme sie wegen der enormen Kosten auch dem Verbraucher teuer zu stehen. Dazu kommt, dass ein Kohlekraftwerk neben Kohlendioxid auch andere Schadstoffe wie Feinstaub und Schwermetalle ausstößt. Wer trotz dieser Erkenntnisse auf Kohlekraftwerke mit CO₂-Abscheidung setzt, verbaut nicht nur die Zukunft für die Erneuerbaren Energien und Energiespartechnologien, sondern konterkariert auch die kommunalen Maßnahmen zur Luftreinhaltung.

Positiv ist, dass sich alle befragten Kandidaten für ein kommunales Klimaschutzprogramm aussprechen. Während Dirk Elbers hierbei Düsseldorf unter Verweis auf den existierenden 30-Punkte-Klimaschutz-Plan bereits in einer Vorreiterrolle sieht, fordern Kortmann und Born weiter gehende Maßnahmen. Der Kandidat der Linkspartei verweist dabei auch darauf, welche wichtige Rolle dabei eine zukunftsfähige Verkehrspolitik spielt. Welche Haushaltsmittel dafür zukünftig bereitgestellt werden sollen, ließen alle Kandidaten offen. Dirk Elbers führt diesbezüglich die geltende Beschlusslage an.

Der BUND sieht zwar in dem 30-Punkte-Klimaschutz-Plan einen guten Anfang, fordert aber weitere, verbindliche und überprüfbare Maßnahmen. Klimaschutzinvestitionen von 7,5 Millionen Euro, wie sie für die nächsten zwei Jahre vorgesehen sind, erscheinen dabei eher als „Tropfen auf dem heißen Stein“.

Klar ist auch, dass der Bau eines Steinkohlekraftwerks sämtliche Klimaschutzbemühungen ad absurdum führen würde. Mit jährlichen CO₂-Emissionen von 2-3 Millionen Tonnen würden die nach dem 30-Punkte-Plan bestenfalls erzielbare Reduktion um 0,5 Millionen Jahrestonnen CO₂ mehr als wettgemacht. Unerklärlich bleibt auch, warum die Stadt ihren eigenen Strombedarf zukünftig nicht durch nach dem Grünen Strom Label oder vergleichbaren Standards zertifizierten Ökostrom decken will. Die Förderung des Ausbaus der Erneuerbaren Energie erfolgt zudem viel zu zögerlich. Auch wenn die Unterstützung von einzelnen Bürgersolardächern durchaus positiv ist, kann sie das erforderliche „10.000-Dächer-Programm zum Ausbau der Fotovoltaik“ nicht ersetzen.

Dies setzt unseres Erachtens auch voraus, dass die Stadtwerke wieder mehrheitlich in kommunale Hand kommen. Hier zeigen sich wieder deutliche Unterschiede in den Positionen. Karin Kortmann hält die Rekommunalisierung für zwingend erforderlich, um die wesentlichen energiepolitischen Fragen als Kommune mitbestimmen zu können. Die rot-grüne OB-Kandidatin hat zudem klare Vorstellungen, wie die kommunale Mehrheit an den Stadtwerken erlangt werden kann. Auch der Kandidat der Linkspartei fordert den Rückkauf von Stadtwerke-Anteilen und sieht in der „Entmachtung der Konzerne“ die Voraussetzung für eine Energiewende. CDU-Kandidat Elbers lehnt einen Rückkauf von Stadtwerke-Anteilen lapidar ab und betont, dass die Erlöse der Stadtwerke-Anteile besser in den Stadtteilen aufgehoben seien.

Fazit

Kommunaler Klimaschutz muss unseres Erachtens zur zentralen Aufgabe der Stadtverwaltung und rekommunalisierter Stadtwerke werden. Auch wenn bislang keiner der beiden aussichtsreichsten Kandidaten als Klimaschutzpolitiker großartig in Erscheinung getreten ist, macht die Kandidatin von SPD und Bündnis 90/Die Grünen deutlich, dass sie in diesem Themenfeld neue Akzente für Düsseldorf setzen möchte. Dem gegenüber lehnt der CDU-Kandidat das geplante Steinkohlekraftwerk im Düsseldorfer Hafen nicht grundsätzlich ab und scheint sich mit dem bisher Beschlossenen zufrieden zu geben. Das ist deutlich zu wenig, um der großen Herausforderung des kommunalen Klimaschutzes gerecht zu werden.

Dirk Jansen, 10.08.2008

Mehr Infos: Dirk Jansen, BUND-Geschäftsleiter, Tel.: 0211 - 30 200 5-22, dirk.jansen@bund.net , www.duesseldorf-astrhein.de

Aktuelle Infos zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Düsseldorf und zum Kohlekraftwerksboom in NRW:

www.duesseldorf-astrhein.de

www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm



IMPRESSUM

BUND*hintergrund* wird herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: -26, e-Mail: bund.nrw@bund.net ♦ **V.i.S.d.P.:** Paul Kröfges, Landesvorsitzender ♦ **Autor:** Dirk Jansen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. ♦ **Der BUND im Internet:** www.bund-nrw.de ♦